

dass die endgültige Regelung mit Wirkung vom 1. April 1920 an bis zum Oktober 1921 erfolgen muß. In der neuen vorläufigen Regelung werden insgesamt 7166 Orte höher eingestuft, aus Klasse E 6368, D 635, C 132 und von D nach A kommen 30 Orte. Die Ausschüsse haben, nachdem Bedenken einzelner Länder laut geworden waren, mit Mehrheit der Vorlage zugesagt. — Die Vollstreckung des Reichsrates nahm die Vorlage gegen die Stimmen von Bayern, Baden, der beiden Mecklenburg, Hessen und Thüringen an, auch wurde sofortige Auszahlung der Beziehungen an die Beamten beschlossen.

#### Strafausschub bei Sondergerichten.

Auf persönliche Vorstellungen einer Abordnung mitteldeutscher Arbeiter hat der Reichspräsident unter Gegenzeichnung durch den Reichsjustizminister Anweisung gegeben, daß auch die Sondergerichte das Recht des Strafausschubs haben und auch gewähren, besonders unter Berücksichtigung der in Verfolgung der kommunistischen Unruhen zahlreichen jugendlichen Angeklagten. Ohne die Sondergerichte auszulösen, erklärte der Reichspräsident der Abordnung für unmöglich, da durch laufende Sachen die ordentlichen Gerichte so stark überlastet seien, daß die Angeklagten monatlang in der Untersuchungshaft auf ihre Aburteilung warten müssten.

#### Mittelstandsparteitag.

Die deutsche Mittelstandspartei hielt in Breslau eine Tagung ab, auf der folgende Erklärung angenommen wurde: „Die Partei steht auf nationalem Boden und tritt ein für ein einiges starkes deutsches Reich, in Kulturstaffeln für Freiheit der Religion und deren Ausübung, Schutz der Religionsgemeinschaften, Gewissensfreiheit, neuzeitlicher Ausbau des Schulwesens, Freiheit des Unterrichts unter striktester Wahrung der Elternrechte, Aufhebung des staatlichen Schulmonopols, Pflege der Vaterlandsliebe; in wirtschaftlicher Beziehung für Entpolitisierung der Wirtschaft, berufsständische Vertretung in den gegebenden Körperschaften, Beseitigung aller Beschränkungen der Wirtschaft zum Zwecke der Staatsentfaltung in der freien Wirtschaft, Aufhebung des Rädtegeches, Kampf gegen offene oder verschleierte Kommunalisierung oder Sozialisierung, Schutz des Eigentums, höhere Arbeitsleistung, Aufhebung der Wohnungswirtschaft im Wohnungsgewerbe, Aufhebung der Wohnungsreform und Bekämpfung des Bodenwuchers, Förderung der privaten Bauertätigkeit, weitgesteckte soziale Fürsorge.“

#### Neugründung in der Bayerischen Volkspartei.

In der Bayerischen Volkspartei erfolgte die Gründung einer eigenen Vereinigung der Arbeiter und Angestellten. Sie hat die besondere Aufgabe, der Partei nach dem Wegfall der corporativen Mitgliedschaft eine möglichst große Zahl von Einzelmännern zu erhalten.

#### Verhaftung eines Berliner Kommunisten.

Der Vorsitzende des Aktionsausschusses des B. A. P. D., Ernst Friedland, ist in Berlin verhaftet worden. Friedland, dessen richtiger Name Ernst Reuter ist, war schon einmal am Anfang der letzten Unruhen festgenommen worden, wurde aber nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Es ist erwiesen, daß er zu den treibenden Kräften gehört, die die lebte kommunistische Aktion geleitet haben. Seine Verhaftung erfolgte unter der Beschuldigung zahlreicher Mordakte. Friedland war Kriegsgefangener im Außenland. Er hat sich dort im kommunistischen Sinne sehr stark betätigt. Er war Bevollmächtigter der Sowjetregierung im deutschen Polargebiet und hat sich in dieser Stellung schwere Verbrechen zuschulden kommen lassen. Im gerichtlichen Verfahren soll festgestellt werden, wie weit die Beschuldigungen, die eine große Anzahl von Fällen umfassen, den Tatsachen entsprechen.

#### Enteignung ausländischer Wertpapiere.

Falls in Aussführung des deutschen Angebots an die Alliierten die Enteignung ausländischer Wertpapiere aus deutschem Privatbesitz erforderlich werden sollte, beabsichtigt die Reichsfinanzverwaltung den Besitzer der Werte in gleicher Weise wie dies bei den auf Grund der Bekanntmachung vom 26. März 1919 dem Reich überlassenen Eisenbahnen geschieht, den bei der Veräußerung der Papiere erzielten Nettoerlös zu vergüten und sofort bei Ablieferung der Papiere eine angemessene Abschlagszahlung zu leisten. Für eine Enteignung würden gegebenenfalls voraussichtlich nur festverzinsliche Wertpapiere, mit Ausnahme österreichischer, ungarischer und russischer, in Frage kommen.

#### Frankreich.

× Neue Propagandamarschalle. Nach Marschall Joffre und General Nivelle, die seinerzeit zu Propagandazwecken in die Vereinigten Staaten entsendet wurden, wird nun mehr Marschall Petain mit einer ähnlichen Mission für Südamerika beauftragt werden. Wie in Paris und in Rio de Janeiro gleichzeitig bestätigt wird, soll der Marschall eine Propagandareise durch Brasilien, Argentinien und Uruguay unternehmen.

#### Türkei.

× Schwere Niederlage der Griechen. Aus Angora wird gemeldet, daß die Griechen an der Südküste im Abschnitt von Alashahr, 125 Kilometer von Smyrna, eine neue Niederlage erlitten hätten. Im nördlichen Gebiet drohten die Türken, die Eisenbahnverbindung zwischen der Aktionsbasis von Brusia und dem für die Versorgung der Griechen wichtigen Hafen von Andonie abzuschneiden.

#### Unrecht gegen die Rheinlande.

Eine Mahnung an alle Handelskreise.

Jahreiche Berater des Einzelhandelsverbandes für Rheinland und Westfalen haben eine Erklärung angenommen, in der sie mit Entrüstung davon Kenntnis nehmen, daß trotz der wiederholten ausgesprochenen Mahnung von den Abnehmern im besetzten Gebiet keine Vorauszahlungen zu verlangen, immer noch einzelne Firmen und Lieferanten diese ungerechte Forderung aufstellen. Der Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen richtet an alle Lieferanten und Fabrikanten im unbefestigten Gebiet die dringende Bitte, solche Forderungen, die den Handelsverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet erschweren, zu unterlassen.

#### Die Wirkungen der Zollgrenze.

Auf dem rheinischen Arbeitsmarkt machen sich die Zollmaßnahmen schon in der vergangenen Woche bemerkbar. Der Andrang auf den Arbeitsnachfrage und die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger haben weiterhin zugenommen. In der Metallindustrie hat sich die Wirkung der Zollmaßnahmen bis jetzt am klarsten erkennen lassen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ruhiger geworden, während andererseits die Arbeitslosenziffer

weiter im steigen begriffen ist. Verkürzung der Arbeitszeit, Betriebsstillstände und Arbeitsentlassung sind bereits in weitem Umfang eingetreten.

Nach Mitteilungen der Düsseldorfer Handelskammer sind Einschränkungen und Ausfuhrverbote in Kraft, welche zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland erst vom 10. Mai an für diejenigen Waren, die deutschen Ein- und Ausfuhrverboten unterliegen, erforderlich. Bis zu diesem Zeitpunkt unterliegt also der Warenaustausch zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet lediglich der Zollkontrolle.

#### Deutscher Reichstag.

C.B. Berlin, 26. April.

Haus und Tribünen waren auch heute stark besetzt. Die meisten Mitglieder des Kabinetts, der Reichskanzler an der Spitze, waren wiederum anwesend. Die Sitzung der Wartenden wurde jedoch auf eine horre Probe gestellt, weil zuerst eine große Zahl

#### kleiner Anzeigen

zur Erledigung gelangte. Unter diesen Anträgen sei die des Abg. Breunig (Unabh.) erwähnt, der sich nach dem Verbleib der 4% Millionen Mark erkundigte, die von dem Reichsamt für Fürsorge dem Reichsverband für See- und Küstenschifffahrt zur Unterstützung der aus dem Felde heimkehrenden Seefischer übergeben worden sei. Seitens der Regierung wurde darauf erwidert, daß der Reichsverband, der erst 1920 gegründet wurde, niemals 4% Millionen für den in der Anfrage erwähnten Zweck gehabt habe. Ferner ist zu erwähnen die in 14 Unterträgen gegliederte Anfrage des Abg. Rosenfeld (Unabh.), die sich auf den Erfolg der Münchner Runde des Reichsjustizministers Dr. Heinz wegen der Entwicklung der dämerischen Einwohnervereine bezog. Ein Regierungssprecher erklärte in seiner Antwort u. a., daß der bayerischen Regierung der Vorwurf, sie wolle die Entwicklung hinterstreiten, nicht gemacht werden kann. Die Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt der Entwicklung würden geschlichtet werden. Hierauf setzte das Haus die Sitzung der Interpellationen über die austwärtige Politik fort.

#### Dr. Simons über das deutsche Angebot.

Der Minister verlas zunächst den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und ging aldann auf die Entwicklung der Reparationsfrage ein. Die Rüstung, die in London verhandelt, war so groß, um noch während der dortigen Konferenz überbracht werden zu können. Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr erschwert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden, um zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Unter erster Plan, auf dem Wege der Typenbautechnik, der Wiederaufbau in Frankreich zu betreiben, wobei nicht allzu viele deutsche Arbeiter nach Frankreich verspannt werden sollten, hat sich nicht als glatt durchführbar erwiesen. Infolgedessen werden wir andere Vorschläge unterbreiten, die sich an die Erfahrungen anlehnen, die wir beim Wiederaufbau Ostpreußens gemacht haben. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, wodurch natürlich der Wiederaufbau und sehr verteuert würde. Die Pläne der freien Gewerkschaften, die von der Regierung in ihren Vorschlag aufgenommen worden sind, können erst nach einer gewissen Verständigung mit den fremden Regierungen durchgeführt werden. Der zweite grohe Gedanke, der uns seitens unseres Pläns einer

#### internationalen Anleihe,

der im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet wurde. Die Anleihe soll zugleich unseren eigenen Geldbedürfnissen abhelfen. Es leuchtet ein, daß ich zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit den Entente-regierungen einleiten mußte, und es widerspricht das auch nicht meiner Reichstagrede nach der Londoner Konferenz.

#### Eine Vermittlung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgeschaut.

Das beste wäre es gewesen, mit Frankreich direkt zu verhandeln. Aber, was uns aus Frankreich entgegensteht, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweizer Aufenthaltes auf das bekannte Interview eingelassen, um einen Einbruch in Frankreich zu zerdrücken, als seien wir lediglich ein böswilliger Schuhmacher. In dem Interview stand auch nicht ein Tag, den ich nicht schon hier im Reichstag gesprochen habe, mit Ausnahme des Zapes über die Ingehörigkeit zum Kabinett. Dieser bezog sich aber nicht auf das augenblickliche Kabinett, sondern auf irgend ein beliebiges Kabinett der Zukunft.

#### Somit schien der Weg über Amerika der beste.

Eine neutrale Macht bot sich an, um uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen.

Was die Industriekontrolle der deutschen Presse anlangt, die an Landesverrat grenzen, so habe ich bisher, um nicht etwas eine fremde Macht bloßzuhistellen, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen. Ich werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten.

Der Schritt bei Amerika war gewiß ungewöhnlich, aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben ja auch nicht Amerika selbst angerufen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit.

Ist das nun eine Wiederholung? (Lärm rechts „Ja!“). Glauben Sie denn, daß wir jetzt, wo nur der Verfasser Freiden spricht, einem milderen Gutachten gegenüberstehen, als wenn ein Schiedsgerichtsurteil uns zu Hilfe kommt? Die Geschichte selbst wird die Berechtigung meines Standpunktes anstreben.

Die Verantwortung war groß, das Kabinett hat sie übernommen, und ich will sie tragen. Nachdem nur Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereitgefunden hat, mußte auch der zweite Schritt gehen.

Bisher sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an uns gelangt, was bei der Länge der Zeit auch nicht wunderlich kann.

Der Minister berührte sodann den Inhalt der Note im einzelnen und ging namentlich auf die Zahlungsabstimmung ein, für die wir trotz der Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben eine feste Summe anstreben mußten. Was nun noch als Rest der Ententeforderungen bleibt, das ist mehr eine politische als eine technische Angelegenheit. Unser Nationalvermögen ist dahingeschwunden, wir könnten daher auch der deutschen Produktion keine neuen Fesseln mehr anlegen. Alle Beschränkungen der deutschen Wirtschaft müssen fallen. Sollen wir uns überdröhnt haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Berichtigungsmöglichkeit Vorsorge treffen.

Weiter ging der Minister ausführlich auf den Wiederaufbau in Frankreich ein. Unser Standpunkt, erklärte er weiter, daß Deutschland alle seine Reparationsverpflichtungen bis 1921 in Höhe von 20 Milliarden Goldmark voll erfüllt habe, wird von der Entente nicht geteilt.

Der Eingriff in unsere Reichsbank wäre ein Eingriff in die Privatwirtschaft, gegen diesen müssen wir Protest erheben. Zur Schuldfrage bemerkte er, daß es die Aufgabe des Auswärtigen Amtes sei, den Boden zu bereiten für die geschäftliche Fortschreibung.

Sollte die amerikanische Vermittlung schicksalhaft, so sei er überzeugt, doch unser Volk auch die Sanktionen ertragen werde, und wenn wir 40 Jahre durch die Wüste gehen müssen, wir werden schließlich doch in das Land der Freiheit gelangen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wurde gegen die äußerste Linke die Verhaftung beschlossen.

#### Welt- und Weltwirtschaft.

Berliner Börsenbörsen. Richtamlich sind am 26. April im Berliner Börsenbericht folgende Preise ermittelt für 50 Silogramm ab Station: Bleiwalzen, Boktoria

120—138 M., andere Koch- und Zinnwalzen 100—110 M., Bleischalen 90—100 M., Kaderbohlen 100—108 M., Zink 60 bis 80 M., Kupfer 40—55 M., seine Qualität obiger Metalle über Basis bezahlt. Kupfer 180—190 M., Zinksatz 180—210 M., Trockenöl 56—58 M., Steffenöl 78—80 M., vollwertige Futteröle 56—58 M., Rapsöl 130—140 M., Rapssuchen 51—70 M., Leinsuchen 140—145 M., Tornfelsasse (30/70) 42—48 M., Wiesenbeutel, lose, gefüllt und trocken 18—20 M., gut, gefüllt und trocken 21—23 M., Stroh, brüdergetrocknetes Weizen- und Roggenstroh 18—19 M., gebündelt 16—17 M., Mais (Weizen um 1½ Uhr), lose, frei Railwagen Hamburg, Boktoria, bahnfahrend 121—122 M., April 117, Mai 107, Mai 106 M., Bezugsscheine, weiße 29—31,50 M., rote 19—20 M.

\* Die Erwerbslosigkeit im März. Während in anderen Jahren der Monat März eine erhebliche Verkürzung der Erwerbslosenzahl gebracht hat — im Jahre 1920 um mehr als 40 000 —, ist diesmal eine nennenswerte Abnahme leider nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt — gegenüber 428 000 im Februar 1920 — 417 000, darunter 327 000 männliche und mehr als 80 000 weibliche. Entsprechend dem Umstand, daß die geringe Abnahme diesmal ausschließlich bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern eingetreten ist, hat auch eine Abnahme der Jugendempfänger stattgefunden und zwar von 495 000 auf 470 000. Soweit eine Abnahme der Unterstützungsempfänger zu verzeichnen ist, betrifft sie insbesondere auf der Erleichterung des Bauwesens durch die verschiedenen in dieser Richtung wütenden gesetzlichen Maßnahmen, sowie darauf, daß die mildere Witterung die Rostondarbeiten ermöglichte.

#### Sächsische und lokale Mitteilungen.

Mannhof, den 28. April 1921.

#### Werkblatt für den 28. April.

Sonnenaufgang 4<sup>th</sup> | Mondaufgang 12<sup>th</sup> B.  
Sonnenuntergang 7<sup>th</sup> | Monduntergang 9<sup>th</sup> B.

1863 Dichter Ludwig Tieck gest. — 1868 Physiolog Johannes Müller gest. — 1869 Geschichtsschreiber Heinrich von Treitschke gest.

□ Eine Neuregelung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe bereitet das Reichsarbeitsministerium vor, um diese Bestimmungen fortan in ganz Deutschland einheitlich zu gestalten. Die Angestelltenverbände arbeiten auf völlige Sonntagsruhe in allen offenen Geschäften hin. Die Tendenz der Vorlage des Ministeriums geht dahin, über die bisher geltenden Vorschriften nicht hinauszugehen und weitere Ausnahmen nicht mehr zu gestatten, auch nicht für das plattdeutsche Land. Im allgemeinen sieht man auf dem Standpunkt, keine allgemeine Sonntagsruhe noch englischem Vorbild einzuführen, die Erlaubnis zum Handel an Sonnabend aber nur noch Bäckereien und Milchviehhäfen zu gestatten und auch die übrigen Lebensmittelgeschäfte, Blumengeschäfte und Barberie einer völligen Sonntagsruhe zu unterwerfen. Gegen den unlauteren Straßenhandel an Sonnabend soll in härterer Weise als bisher vorgegangen werden.

— Naunhof. „Der Club der Milliardäre“, bedeutet sich das Filmschauspiel, das in 5 Akten vom Freitag bis Sonntag in unserem Lichtspielhaus vorgeführt wird. Nach der uns vorliegenden Beschreibung werden die Besucher durch die dauernde Spannung der Handlung, die in Amerika spielt, von Anfang bis zu Ende gefesselt. Überraschend und anregend wirkt sich die Borgänge, in der Haupthalle ein modernes, Elegabenteuer, ab; es hier wieder zu geben, würde zu weil führen. — Ein Lustspiel wird, wie stets, beigelegt, sodass auch die, welche sich eine heiße Stunde gönnen wollen, auf ihre Rechnung kommen. Alle Freunde des Kinoltheaters mögen sich einmal selbst überzeugen, daß wir im Naunhof ein gutes Lichtspielhaus haben und daß sich für sie eine kostspielige Reise nach Leipzig erübrigt. Denn dieselben Stücke, die man in den Großstädten sieht, kommen, wenn auch einige Zeit später, in bester Vorführung hierher. Durch den wöchentlichen Programmwechsel wird viel Abwechslung geboten, sodass jeder die gewünschte Unterhaltung finden kann. Es ist zu empfehlen, die ersten Vorstellungen zu besuchen, da der Andrang dann nicht so groß und ein angenehmer Aufenthalt gesichert ist. Der jetzige Besitzer, Herr Stephan, tut alles, um das Seine dazu beizutragen.

— Naunhof. Die leidige Lichtfrage, die an den beiden lebhaften Schlußseilen zu fast halligen Zuständen führte, wird nunmehr behoben werden. Eine geklärte abend lage der Schlußversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Angelegenheit. Einigkommung wurde beschlossen, eine elektrische Lichtanlage zu beschaffen, die bis zum Feste fertiggestellt sein soll.

— Für Viehhändler und Fleischer. Die Schilderscheine über den Ankauf von Vieh sind nicht unmittelbar an das Landespreisamt, sondern an denjenigen Kommunalverband, in dem der Käufer seinen Wohnsitz hat, einzuladen.

† Die Auszahlung der Militärenten erfolgt am 29. ds. M. am Postkeller. Pünktliches Abheben ist erforderlich. † Zu hohe Papierpreise! Wie uns aus Dresden mitgeteilt wird, ist das sächsische Landespreisamt auf Grund seiner Erklärungen der Verhältnisse in der Papierindustrie zu der Ansicht gelangt, daß teilweise eine Herabsetzung der Erzeugerpriise möglich sei. Es ist in diesem Sinne beim Reichswirtschaftsministerium in Berlin vorstellig geworden.

† Keine Auflösung des sächsischen Landtags. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, erklärte der Minister des Innern, Lipinski, am Dienstag bei Beratung des Gemeindewahl-Gesetzes, es liege zurzeit kein Anlaß vor, die Auflösung des Landtags zu erörtern. — Hinter den parlamentarischen Auseinandersetzungen erzählte man sich, daß die Unabhängigen ganz gern Neuwahlen in Sachsen vornehmen würden, um aus den jüngsten unhalbaren Verhältnissen herauszukommen, daß aber die Kommunisten ihres schlechten Gewissens wegen keine Neigung verspüren, sich je dem Urteil des Volkes auszusetzen. Auch die Mehrheitssozialisten sollen augenblicklich noch keine Neigung zu Neuwahlen verspüren.

† Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung. Das Finanzamt teilt folgendes mit: Da verschiedene Anfragen aus Kreisen der Steuerpflichtigen erkennen lassen, daß im Publikum keine genügende Alartheit über den Lauf der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung herrscht, wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist für die Einreichung der Steuererklärungen am 30. April abläuft.

† Zur Frage der Sonntagsrente in der Landwirtschaft. In der letzten Sitzung des Ständigen Aussch